

# Freiburger Nachrichten

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Samstag, 17. Dezember 2016

Nr. 291

A.Z. 1700 Freiburg 1  
153. Jahrgang  
Einzelverkauf Fr. 3.00\*

\*Dieser Betrag enthält  
2,5% MwSt.

## Magazin

25 Fledermausarten sind im Kanton Freiburg nachgewiesen. Sie alle sind jetzt in einem Buch zu entdecken.

Seite 13



## Visierhelme



## Referendum kostet die Fede Mitglieder

Mitarbeiter der Gebäudeversicherung zahlen dem Staatspersonalverband kein Geld mehr. Sie gründen einen eigenen Verband.

**FREIBURG** Das Referendum gegen das kantonale Gesetz über die Gebäudeversicherung und Feuerpolizei kommt mit grösster Wahrscheinlichkeit zustande. Wie Bernard Fragnière, Präsident des Verbands der Staatsangestellten (Fede), gestern an einer Medienkonferenz sagte, seien die notwendigen 6000 Unterschriften beisammen: Das Volk könne so darüber abstimmen, ob die Mitar-

beiter der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) aus dem Personalgesetz des Staats losgelöst werden. Doch diese Unterschriftensammlung kostet die Fede nun Mitgliederbeiträge.

Die KGV-Direktion hat die Fede darüber informiert, dass eine Mehrheit des Personals ihre Beiträge an die Gewerkschaft nicht mehr bezahlen werde. Dies wiederum sorgt

**«Die Direktion der KGV missachtet die elementarsten Rechte des Personals.»**

**Bernard Fragnière**  
Fede-Präsident

bei den Personalverbänden für Ärger. Gemäss Fede-Präsident Bernard Fragnière habe die KGV-Geschäftsleitung Formulare verteilt und die Mitarbeiter aufgefordert, die Zahlung der Fede-Beiträge zu verweigern. «Diese Praxis ist nicht nur skandalös, sondern illegal», sagte Fragnière. «Die Geschäftsleitung der KGV missachtet die elementarsten Rechte des Personals.»

Philippe Galley, Personalchef der Gebäudeversicherung, sagte hingegen, die Mitarbeiter hätten sich selber von der Fede distanzieren, als diese das Referendum gegen das neue Gesetz lancierte. Wie Galley ergänzte, haben die Mitarbeiter gestern ihren eigenen Personalverband gegründet und niemand aus der Direktion sei bei der Versammlung anwesend gewesen. *uh*

**Bericht Seite 4**

## Schlagzeilen

### Sprachenstreit

Der Bund will die Kantone nun doch nicht per Gesetz zum Frühfranzösisch zwingen.

Seite 18

### Anklage

Kanzlerin Angela Merkel wirft Russland und Iran Mitschuld an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung von Aleppo vor.

Seite 23

### Kein Abriss

Hitlers Geburtshaus soll wieder zu einer Behindertenwerkstatt werden - ein Entscheid mit starkem Symbolcharakter.

Seite 24

### Zitat des Tages

«Wir wollen keine Strasse für den Transitverkehr.»

**Antoinette de Weck**  
Präsidentin der  
Burggemeinde

Seite 5

### Wetter

Länger hochneblig trüb, Richtung Voralpen oft sonnig.



Seite 24

Inhalt	
Todesanzeigen	6, 8
Forum/Agenda	9, 12
TV/Radio	10, 11
Börse	21
Kinos	22

Redaktion 026 426 47 47  
Abonnemente 026 347 30 00  
Inserate 026 347 30 01  
www.freiburger-nachrichten.ch



Reklame

**paul, zbinden**  
nendekorationen

**Weihnachtsrabatt**  
auf alle Artikel  
(ausgenommen Netto-Artikel)  
**20-50% Rabatt**  
bis 24.12.2016!  
P. Zbinden, 3185 Schmittlen  
Tel. 026 496 30 36  
zbindendekor@bluwin.ch  
www.zbindendekor.ch

## Bruno Boschung Wünnewil empfängt seinen Grossratspräsidenten



**WÜNNEWIL** Über 150 Veranstaltungen erwarten Bruno Boschung in seinem Jahr als Präsident des Grossen Rates des Kantons Freiburg. In den intensiven Anlassreigen startete der Wünnewiler in seiner Heimatgemeinde, wo der 54-jährige CVP-Politiker gestern

feierlich empfangen wurde. Die Unterstützung aus der Bevölkerung und die humorvoll vorgetragenen Glückwünsche und Ratschläge von politischen Wegbegleitern würden ihm für sein Präsidentschaftsjahr Flügel verleihen, freute sich Bruno Boschung. Den Höhepunkt

des Abends bildete ein festlicher Umzug durch Wünnewil, an dem neben der Bevölkerung und den Gästen aus regionaler und kantonalen Politik auch zahlreiche Dorfvereine und Ehrengarden teilnahmen. *mz/Bild Aldo Ellena*

**Bericht Seite 3**

## Auns will die Freizügigkeit kündigen

**BERN** Nach bald drei Jahren Treten an Ort in der Europapolitik haben sich gestern die Ereignisse geradzu überschlagen. Zunächst zog das Parlament einen vorläufigen Schlussstrich unter das Gezerre um die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) und verabschiedete das lasche Umsetzungsgesetz - gegen die Opposition der SVP und den passiven Widerstand der CVP.

Unmittelbar danach verkündete die SVP-nahe Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), dass sie so rasch wie möglich eine Volksinitiative zur Kündigung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) lancieren will. Da Bundesrat und Parlament nicht gewillt seien, den Verfassungsauftrag zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung umzusetzen, «muss das FZA weg», so die Auns. Kommt die Initiative zustande, wäre ein europapolitischer Showdown die Folge, der eine klare Entscheidung brächte: MEI oder Bilaterale. Zugleich beschloss der Bundesrat gestern, das Kroatien-Protokoll zu ratifizieren. Damit ist ab 2017 die volle Schweizer Teilnahme am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 gesichert. *pem/BZ*

**Bericht Seite 18**

## Grosser Rat hat Kommissionen neu besetzt

**FREIBURG** Nach den Feierlichkeiten vom Donnerstag und einer Zeremonie gestern Morgen in der Kathedrale hat der Freiburger Grosse Rat die neuen Mitglieder der ständigen Kommissionen bestimmt. Die Wahlen verliefen völlig diskussionslos - zumindest vordergründig. In den Gängen des Rathauses steckten die Fraktionspräsidenten die Köpfe zusammen und handelten aus, wer welche Kommission präsidiert wird. Die linken Parteien hatten dabei einen schweren Stand. *mir*

**Bericht Seite 2**

## Der Abwasserverband soll sich verschulden

Der Abwasserverband Seeland Süd prüft die Möglichkeit, ob er sich für den Bau der neuen ARA Muntelier verschulden soll.

**MUNTELIER** Mindestens 60 Millionen Franken soll dereinst die neue Abwasserreinigungsanlage im Seebezirk kosten. Die 17 Mitgliedsgemeinden des neuen regionalen Abwasserverbandes müssen dafür tief in die Tasche greifen. So sehr, dass nun die Gemeinden Kerzers und Courgevaux verlangen, dass der Verband sich statt ihnen dafür verschulden soll.

Sie würden dann ihren jeweiligen Beitrag an den Verband bezahlen. Dies vereinfache jenen Gemeinden die Finanzierung, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, so das Argument des Gurwölfer Gemeindepräsidenten Eddy Wernli.

Die Delegierten des Verbandes entschieden, dass beides möglich sein soll: Dass der Verband das Geld aufnimmt und auch jene Gemeinden, die das wünschen. Die Delegierten haben an ihrer Versammlung den Verbandsvorstand beauftragt, ein solches Modell auf Vor- und Nachteile hin zu prüfen. *fa*

**Bericht Seite 7**

## Gottéron hofft, das Problem liege nur im Kopf

Braucht Gottéron bloss einen Mentaltrainer, der die Spieler neu programmiert? Das hofft Trainer Larry Huras.

**FREIBURG** Die wichtigsten Clubexperten Gottérons stellten sich gestern über eine Stunde lang den Fragen der Journalisten. Dabei kristallisierte sich heraus, dass insbesondere bei Larry Huras das Prinzip Hoffnung herrscht: Die Hoffnung, das Problem bei Gottéron liege in erster Linie in den Köpfen der Spieler. Dies wiederum hofft er durch die Zusammenarbeit mit dem

amerikanischen Sportpsychologen Dr. David Scott möglichst schnell lösen zu können. Im Kader sind vorerst keine Änderungen vorgesehen. Trotz Goalieproblemen wird fürs Erste kein ausländischer Torhüter verpflichtet. Auswirkungen haben Freiburgs schlechte Resultate auch auf die Zuschauerzahlen - und damit auf die Clubkasse. Im Schnitt kommen pro Spiel 370 Zuschauer weniger ins St. Leonhard als budgetiert. Dennoch betont Präsident Michel Volet, es bestehe aus finanzieller Sicht «kein Grund zur Panik.» *fm*

**Bericht Seite 15**

# Das Personal der Gebäudeversicherung zahlt der Fede keine Beiträge mehr

Mitarbeiter der Kantonalen Gebäudeversicherung haben angekündigt, der Gewerkschaft Fede keine Beiträge mehr zu bezahlen. «Die KGV-Direktion hat dies koordiniert», kritisiert die Fede. «Sie wollten von sich aus austreten», entgegnet der Personalchef.

Urs Haenni

**FREIBURG** Der Personalverband der Staatsangestellten (Fede) hat vor Kurzem vom Chef der Personalabteilung der Kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt (KGV) Philippe Galley ein E-Mail erhalten, gemäss dem «die Mehrheit des KGV-Personals beschlossen habe, aus der Fede auszutreten». Die Fede vertrete nicht die Interessen der KGV-Mitarbeiter, sie habe mit ihnen keinen Kontakt aufgenommen und kenne deren Standpunkte nicht. Deshalb habe die KGV die notwendigen Änderungen bezüglich des monatlichen Beitrags an die Fede vorgenommen, schrieb Galley.

Die Fede hat zwar keine Einzelmitglieder, wohl aber zahlen KGV-Mitarbeiter Beiträge an die Fede und sie sind Personalverbänden wie jenem des Personals öffentlicher Dienste angeschlossen.

An einer Medienkonferenz sagte Fede-Präsident Bernard Fragnière gestern, die Geschäftsleitung der KGV habe an Mitarbeiter Formulare verteilt, mit welchen sie die Zahlung der Beiträge an die Fede verweigern sollen. Dies hätten «interne Quellen» bestätigt. Die Formulare können von der Website des Staats heruntergeladen werden. Die Geschäftsleitung habe diese Aktion koordiniert, so Fragnière, und damit eine rote Linie überschritten: «Diese Praxis ist nicht nur skandalös, sondern illegal. Wer kann sich bei der KGV nun noch erlauben, Fede-Mitglied zu bleiben, wenn die Anwendungen zum Austritt von der



Gestern haben die Mitarbeiter der Gebäudeversicherung einen eigenen Personalverband gegründet.

Bild Aldo Elena

Geschäftsleitung kommen und diese genau weiss, wer Fede-Beiträge zahlt?» Die vertraulichen Daten dürften keinesfalls vom Arbeitgeber eingesehen werden. Im vorliegenden Fall sei die Vertraulichkeit verletzt worden, so der Präsident.

Es handle sich keinesfalls um eine von der Direktion koordinierte Aktion, so Philippe Galley auf Anfrage der FN. «Mitarbeiter sind von sich aus ausgetreten und haben uns gegenüber gesagt, sie wollten wegen des Referendums gegen das neue Gebäudeversicherungsgesetz nichts mehr mit der Fede zu tun haben.» Eine Mitarbeiterin habe daraufhin die Austrittsformulare gesammelt, und man habe diese am Schluss gemeinsam an die Fede weitergeleitet, so Galley.

Wie Fragnière weiter sagte, wolle die KGV einen eigenen

Personalverband schaffen. In den Augen der Fede würde dieser Schritt bedeuten, dass die KGV-Mitarbeiter «die Vertretung ihrer Interessen einem Team der Geschäftsleitung anvertrauen, das sogar die elementarsten Rechte des Personals missachtet».

## Neuer Personalverband steht

Philippe Galley sagte, dass dieser Personalverband gestern gegründet und ein Präsident gewählt wurde. «Die Direktion war bei dieser Versammlung nicht anwesend», präzisierte er. Der Personalchef sagte, er sei sich bewusst, dass die KGV-Mitarbeiter bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiterhin Staatsangestellte seien, und er betonte: «Es steht den Mitarbeitern frei, gleichzeitig bei der Fede und auch beim neuen Personalverband mitzumachen.»

Im Zentrum des Konflikts steht das von linken Kreisen lancierte Referendum gegen die Einführung des neuen Gebäudeversicherungsgesetzes, welches der Grosse Rat am 9. September genehmigt hatte (siehe Kasten). Zu diesem Referendum schrieb KGV-Direktor Jean-Claude Cornu eine «Richtigstellung bezüglich der Argumentation der Fede», der er vorwarf, «zahlreiche Halbwahrheiten zu verbreiten.»

«Das Referendum ist ein demokratischer Prozess», betonte SP-Präsident Benoît Piller. VPOD-Sekretär Gaëtan Zurkinden meinte, es gehe dabei um gewerkschaftliche Rechte ganz allgemein, denn diese seien zuletzt öfter missachtet worden.

Fragnière verlangt nun vom Staatsrat, dass dieser den Praktiken der KGV-Geschäftsleitung ein Ende setze.

## Referendum

Die nötigen Unterschriften sind beisammen

➤ Fede-Präsident Bernard Fragnière hat gestern verkündet, dass die für ein Referendum notwendigen 6000 Unterschriften gegen das neue Gesetz über Gebäudeversicherung und Feuerpolizei erreicht sind. Sie würden am 29. Dezember bei der Staatskanzlei eingereicht. Die Fede wehrt sich dagegen, dass KGV-Mitarbeiter nicht mehr dem Staatspersonalgesetz unterstellt sein sollen. Das neue Gesetz, das diese Änderung vorsieht, wurde im September vom Grosse Rat genehmigt. *uh*

Woran glauben Sie?



Claudia Schlüchter  
Ref. Religionslehrerin in Wünnewil-Flamatt und Weissenstein/Rechthalten. Bild zvg

«Glaube bedeutet für mich Vertrauen auf das Gute im Menschen. Ich habe einige Hürden genommen, bis ich zu meinem Glauben fand. Als Kind war ich nicht getauft. Das war in den 1970er-Jahren auf dem Land nicht akzeptiert. In der fünften Klasse schickte mich mein Klassenlehrer nach Hause und sagte mir, ich sei eine Heidin und hätte nichts im Religionsunterricht zu suchen. Mit dreizehn Jahren durfte ich dennoch in den Konfirmandenunterricht. Unsere Pfarrerin erzählte von dem Wirken von Jesus: Es bewegte mich zutiefst. Seine rückhaltlose Liebe, besonders zu Menschen, die am Rande der Gesellschaft lebten, beeindruckte mich sehr. Er weckte Hoffnung, vergab Sünden und lebte ein einfaches Leben. Er ist ein Vorbild für mich. Ich habe schon einige Schicksalsschläge erlebt, und es gibt Momente, in denen ich zweifle. Dann gibt mir der Glaube Hoffnung, Kraft, eine grosse Dankbarkeit und Freude am Leben.» *mz*

In der Adventszeit fragen die «Freiburger Nachrichten» jeden Tag eine andere Person nach ihrem Glauben.

17

# Bösingen rechnet mit einem kleinen Minus

Der Voranschlag 2017 der Gemeinde Bösingen schliesst beinahe ausgeglichen. Er wurde am Donnerstag einstimmig genehmigt.

Miro Zbinden

**BÖSINGEN** «Ich erinnere mich nicht mehr daran, wann in Bösingen zuletzt ein ähnlich ausgeglichenes Budget präsentiert werden konnte». Dies sagte Gemeinderat Peter Portmann an der Gemeindeversammlung vom Donnerstagabend. Nachdem die Rechnungsvoranschläge der vergangenen fünf Jahre in Bösingen immer einen Aufwandüberschuss im sechsstelligen Bereich vorsahen, weist das Budget 2017 lediglich ein kleines Minus aus: Es schliesst bei einem Gesamtertrag von 14,675 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von 14430 Franken. «Damit resultiert praktisch eine schwarze Null», kommentierte Portmann.

## Mehr Luft beim Budgetieren

Der Finanzchef erklärte, dass der Gemeinderat für einmal etwas mehr Luft beim Budgetieren gehabt habe. «So

konnten auch Ausgaben ins Budget aufgenommen werden, für die wir in den letzten Jahren Spezialkredite hätten beantragen müssen. Peter Portmann nannte die Erneuerung der Telefonanlage in der Gemeindeverwaltung, die Sanierung der Nordfassade des alten Schulhauses sowie den Ersatz eines 18-jährigen Betriebsfahrzeuges oder der Sportplatz-Belichtung als Beispiele.

«Bei den Steuererträgen dürfen wir von einer gesunden Entwicklung Kenntnis nehmen», sagte Portmann und erklärte, dass der Gemeinderat gegenüber dem Vorjahresbudget mit Steuermehreinnahmen von 840000 Franken rechnen. «Wir haben damit vorsichtiger gerechnet als der Kanton.»

Während sich die Ausgaben für Kantons- und Gemeindeverbandsabgaben (5,35 Millionen Franken) in der gleichen Höhe bewegen wie im Vorjahr, fallen die Entschädigungen des

Kantons (475000 Franken) um 100000 Franken tiefer aus. Im Auge behalten müsse man zudem die Auswirkungen der geplanten Unternehmenssteuerreform III: «Falls es keine Ausgleichszahlungen geben sollte, müsste Bösingen ab 2019 mit 430000 Franken weniger Steuereinnahmen rechnen.» Die 64 Anwesenden genehmigten das Budget sowie die Investitionsrechnung 2017, die Nettoinvestitionen von rund 2,42 Millionen Franken aufweist, am Donnerstag einstimmig.

Ein Bürger wollte wissen, ob bereits feststehe, wie es mit der provisorischen Asylunterkunft in der Zivilschutzanlage in Zukunft weitergehe. Syndic Louis Casali erklärte, dass die 50 Plätze umfassende Unterkunft derzeit nicht voll ausgelastet sei und der Kanton im Februar darüber informieren wolle, wie lange es die Asylunterkunft in Bösingen noch braucht.

## Legislaturziele

# Die Raumplanung wird zum Schwerpunkt

➤ Der Bösinger Gemeinderat hat die Legislaturziele 2016 bis 2021 an seiner Sitzung von vergangener Montag genehmigt. Er hat darin neben den regionalen Projektionen über 40 kommunale Zielsetzungen festgelegt. Zusätzlich definierte er in den drei Bereichen Strategie, Finanzen und operative Tätigkeiten übergeordnete Schwerpunkte. Die Raumplanung ist ein solcher strategischer Schwerpunkt. So bedinge die neue Raumplanung eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Siedlungsentwicklung in Bösingen, heisst es im verabschiedeten Dokument. Die Entwicklung des Dorfes im Spannungsfeld zwischen Raumplanung, den Bedürfnissen der Einwohner und den vor-

handenen Ressourcen sei dabei eine der grössten Herausforderungen, hält Ammann Louis Casali in der Einleitung fest. Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, eigenes Landwirtschaftsland oder Liegenschaften zu erwerben, um diese als Austausch in Landerwerbsverhandlungen anbieten zu können. Ein weiteres strategisches Ziel ist die Durchführung einer Studie zum Raumbedarf und zu den Möglichkeiten der aktuellen Gemeindeligenschaften.

## Den Steuersatz beibehalten

In finanzieller Hinsicht will der Gemeinderat den Steuersatz von 79 Rappen pro Franken Kantonssteuer beibehalten, jährlich obligatorische und freie Abschreibungen

von einer Million Franken tätigen und so die Netto-Kopfverschuldung nicht über 3000 Franken steigen lassen.

Eines der operativen Ziele ist schon erledigt: die Erneuerung des Spielplatzes und des Parkplatzes bei der Schulanlage. Für einen weiteren Schwerpunkt, den Bau des ARA-Anschlusses im Weiler Riederberg, hat die Versammlung den Kredit von 1,2 Millionen Franken bereits genehmigt. Mit Zeithorizont 2018 ist zudem eine Langsamverkehrsachse entlang der Fendingenstrasse geplant. Auch ein Angebot zur vor- und ausserschulischen Kinderbetreuung will der Gemeinderat planen und umsetzen. Im Budget 2017 sind dafür 60000 Franken vorgesehen. *ak*